

|                           |  |                          |         |
|---------------------------|--|--------------------------|---------|
| <b>Protokoll:</b>         | <b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>  | <b>Niederschrift Nr.</b> | 50      |
|                           |  | <b>TOP:</b>              | 1       |
|                           | <b>Verhandlung</b>   | <b>Drucksache:</b>       | 84/2019 |
|                           |  | <b>GZ:</b>               | JB/SI   |
| <b>Sitzungstermin:</b>    | 03.06.2019   |                          |         |
| <b>Sitzungsart:</b>       | öffentlich   |                          |         |
| <b>Vorsitz:</b>           | BMin Fezer   |                          |         |
| <b>Berichterstattung:</b> | Herr Dr. Eehalt (GesundhA), Herr Herweg (JugA),<br>Frau Steinhoff (JugA)   |                          |         |
| <b>Protokollführung:</b>  | Frau Kappallo / pö   |                          |         |
| <b>Betreff:</b>           | <b>Rahmenkonzept "Kita für alle in Stuttgart"<br/>Neue Strukturen und Modelle für eine inklusive<br/>Bildung, Erziehung und Betreuung für alle Kinder in<br/>Stuttgart</b> |                          |         |

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung und des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 21.05.2019, GRDRs 84/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Mit der Vorlage der Referate SI und JB legt die Verwaltung zu den Haushaltsplanberatungen ein zukunftsweisendes und innovatives Konzept für die inklusive Betreuung und Bildung von Kindern mit Behinderung in Stuttgart vor, so die Vorsitzende. Das Rahmenkonzept sei referats- und ämterübergreifend unter Einbeziehung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen erarbeitet worden. Federführend habe Frau Steinhoff die Aufgabe übernommen, ergänzt BMin Fezer. Frau Steinhoff führt mittels einer Präsentation in die Vorlage ein und erläutert die Handlungsbedarfe, neue Strukturen und Modelle. Nachfolgend unterrichtet Herr Dr. Eehalt über den Aufbau einer zentralen Informations- und Beratungsstelle (ZIB), die aus dem Wunsch nach transparenten Beratungs- und Informationsstrukturen entwickelt worden sei. Familien mit ihren Kindern mit be-

sonderen Bedarfen sollen die Möglichkeit erhalten, mit den entsprechenden Fachkräften zusammengebracht zu werden. Die ZIB habe folgende Funktionen:

- Für die **Eltern** solle diese Anlaufstelle eine neutrale, unabhängige Beratungsstelle mit klaren Strukturen sein, in der sowohl behinderungsspezifische Fragestellungen wie auch Fragen zu möglichen Betreuungsformen besprochen werden können. Das Gesundheitsamt biete aufgrund einer längeren Tradition im Rahmen der Eingliederungshilfe eine ärztliche und sozialarbeiterische Zusammenarbeit. Bei dem ärztlichen Ansatz der Eingliederungshilfe handle es sich um einen ressourcenorientierten Ansatz, bezogen auf die beeinträchtigten Kinder. Die Beratung erfolge im Team, sodass alle Aspekte der Entwicklung und der Sozialarbeit abgedeckt seien.
- Für die **Kitas** könne die ZIB eine fachliche Unterstützung zu organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen, bezogen auf konkrete Bedarfe in Einzelfällen, leisten. Darüber hinaus werden Fortbildungen sowie Fachtagungen für Einrichtungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu behindertenspezifischen Fragen und gesundheitlichen Aspekten angeboten. Die Assistenzkräfte, die dem Fachkräftepool angehören, erhalten ebenfalls entsprechende Schulungsangebote, unterrichtet Herr Dr. Eehalt. Die geplante Zentrale Informations- und Beratungsstelle solle diese beiden Bedarfe aufgreifen und niederschwellig und unbürokratisch Hilfe leisten.

Anschließend informiert Frau Steinhoff über die Entwicklung und Erstellung einer kommunalen Leitlinie und Steuerungsrunde "Kita für alle in Stuttgart". Die Einführung und Umsetzung des neuen Konzepts werde im Sinne der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung ämterübergreifend gesteuert. Die Erarbeitung einer kommunalen Leitlinie solle zukünftig allen Kindertageseinrichtungen in Stuttgart einen Erwartungsrahmen und damit Handlungssicherheit bieten, so Frau Steinhoff.

StRin Ripsam (CDU) äußert sich positiv zu dem neuen Rahmenkonzept. Zum Fachkräftepool stellt die Stadträtin fest, dass es kaum mehr gelinge, weitere Integrationsfachkräfte zu finden. Die mögliche Umsetzung des Konzepts werde in den Haushaltsplanberatungen beschlossen. Ergänzend weist sie auf die kritischen Anmerkungen vom Referat WFB hin. Im weiteren Verlauf erkundigt sich StRin Ripsam nach der Wartelistensituation im Bereich der Schulkindergärten und Fördergruppen.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) freut sich über die Vorlage und sieht darin einen Einstieg in die Umsetzung einer "inklusiven Kita". Die Vorsitzende bestätigt die Aussage von StR Lazaridis, dass es sich um einen Einstieg handle. Sie weist darauf hin, dass nicht sämtliche Kitas inklusive Kitas werden können. Wenn allerdings jedes Kind die bestmögliche Förderung und Unterstützung erhält, die es benötige, sei es sinnvoll, schrittweise voranzugehen. Ein sehr ausdifferenziertes Angebot sei gestaltet worden, ergänzt die Vorsitzende. Mit dem Modell werde kein Endpunkt, sondern der Einstieg vorgestellt.

Der Fachkräftemangel stelle allerdings eine Hürde dar, so StR Lazaridis, dem mit dem neuen Konzept, Integrationsfachkräfte fest anzustellen, begegnet werden könne. Dies sieht StR Lazaridis als Standortvorteil, ebenso die Einrichtung einer ZIB. Die Vorsitzende bestätigt den Fachkräftemangel in diesem Bereich. Als attraktiver Arbeitgeber könnte man den potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reguläre Arbeitsplätze anbieten. Die Aufgaben könnten allerdings nur durch einen Pool geleistet werden, da diese Tätigkeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Flexibilität verlangt, die mit einem festen Arbeitsplatz und guten Rahmenbedingungen geschaffen werden könnte. Über dieses Modell könne sich bedarfsgerecht aufgestellt werden.

Bezogen auf den Standortvorteil macht Herr Herweg deutlich, dass die ZIB den Kitas Fortbildung und Schulung bietet, z. B. im Umgang mit Kindern mit besonderem Bedarf im medizinischen Bereich.

Zu den Fördergruppen erkundigt sich StR Lazaridis nach den Ressourcen und einer Intensivkooperation, ob dieser Bereich nicht ausgeweitet werden sollte. Auf seine und die Frage von StRin Ripsam nach einer Warteliste auf Betreuungsplätze in den Fördergruppen antwortet Frau Dr. Heynen (JugA), bisher sei bei ihr nicht angekommen, dass es einen höheren Bedarf gebe. Seitens der Verwaltung werde angestrebt, dass die entwicklungsverzögerten Kinder die Regelkindertageseinrichtungen besuchen.

Für die Vorstellung des Rahmenkonzepts bedankt sich neben ihren Vorrednern auch StRin Vowinkel (SPD). Das Rahmenkonzept müsse im Alltag erprobt und weiterentwickelt werden. Die ZIB lobt StRin Vowinkel besonders und betont, mit dieser Anlaufstelle werde eine große Lücke im "Beratungsdschungel" in Stuttgart geschlossen. Der geplante Fachkräftepool mit seiner Koordinationsstelle, in welchem Integrationsfachkräfte fest angestellt seien und bedarfsweise in Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden können, leiste Abhilfe. Dabei plädiert sie, im gesamten Stadtgebiet entsprechende Einrichtungen neben den KiFaZen entstehen zu lassen.

StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS) spricht sich ebenfalls neben StRin von Stein (FW) für das Projekt aus. Durch die "Kita für alle" gelange die Inklusion in die Fläche, betont StRin von Stein. Dabei seien die Inklusionsfachkräfte wichtig für die Kinder und die Familien. Herr Herweg unterrichtet in diesem Zusammenhang über viele Angebotsbausteine, die sich an alle Kitas wenden. Die Rahmenbedingungen müssten so geändert werden, dass kein Kind ausgegrenzt werde. Der Baustein ZIB wende sich dezidiert an die Eltern. Mit dieser Anlaufstelle könne den Eltern geholfen werden, sich im Beratungsangebot mit seinen unterschiedlichen Ansprechpersonen zurechtzufinden.

Von den 240 Kindern, die in regulären Kitas betreut werden, übernehmen die kirchlichen Träger für rund 70 bis 80 Kinder die Einzelintegration, informiert Herr Schulze-Gronemeyer. Die festgestellten Handlungsbedarfe, neue Strukturen und Modelle, hält er in diesem Zusammenhang für richtig. Hinsichtlich des Fachkräftepools stellen sich für ihn noch einige Fragen, z. B. wie arbeitsrechtlich mit den Integrationskräften umgegangen werden. Die ZIB als zentrale Anlaufstelle erachtet er neben einem zentralen Verfahren als besonders wichtig, um möglichst schnell das individuelle Setting bereitzustellen. Bezogen auf den Fachkräftepool erkundigt er sich nach der Möglichkeit, trägereigene Pools einzurichten, neben der Koordination und Vermittlung von Integrationsfachkräften. Darüber hinaus interessiert ihn, wenn die großen Träger Bereitschaft signalisierten, bis zu fünf Kinder mit Behinderung aufzunehmen, wie die strukturelle Förderung aussehe.

Die Vorsitzende äußert, sie möchte das Modell über das gesamte Stadtgebiet etablieren mit dem Ziel, alle Kitas schrittweise zur Inklusion zu führen. Sie freue sich und sei aufgeschlossen, wenn die großen Träger bereit seien, sich an diesem Konzept zu beteiligen.

Im Namen der Träger äußert Frau Preiß, mit dem Rahmenkonzept werde der Weg zur Inklusion auf eine Basis gestellt. Bezogen auf das SGB VII und das SGB IX bittet sie um Abklärung hinsichtlich der Begrifflichkeiten "Inklusion" und "Integration". Darüber hinaus äußert sie den Wunsch nach einem Index "Inklusion" und bittet, diesen dem

Rahmenkonzept beizufügen. Frau Haller-Kindler (OB-KB) spricht sich ebenfalls für das Rahmenkonzept aus und erwähnt, die Strukturen und Angebote, die auf dem Sozialgesetzbuch fußen, wären für Eltern schwierig zu durchschauen, wenn eine Behinderung bei ihrem Kind festgestellt werde. Hier leiste die ZIB, neben einer genügenden Anzahl von Inklusionsfachkräften, gezielt Abhilfe, damit das Angebot die Kinder erreiche. Herr Stein bemerkt, dass ihm beim Lesen der Vorlage der geschlechtsspezifische Aspekt abhandengekommen sei. Im Kontext der Leitlinien-Entwicklung 2023 wünscht er sich eine entsprechende Berücksichtigung.

BMin Fezer bedankt sich für die positiven Rückmeldungen des Gremiums und schließt diesen Tagesordnungspunkt mit der Kenntnisnahme ab.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (27)  
JB-BiP  
Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)  
Gesundheitsamt (4)  
SI-BB  
weg. SGA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-KB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. GPR (2)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR